

Wahrnehmung durch Staatsminister Michael Roth

Frage Nr. 31

MdB Heike Hänsel

Fraktion DIE LINKE.

Frage:

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung nach der in der Washington Post

(<https://www.washingtonpost.com/politics/2020/02/26/bolivia-dismissed-its-october-elections-fraudulent-our-research-found-no-reason-suspect-fraud/>) von Experten des Massachusetts Institute of Technology (MIT) veröffentlichten Untersuchung, wonach es „höchst wahrscheinlich“ sei, dass Evo Morales bei den Präsidentschaftswahlen in Bolivien am 20. Oktober mit einem notwendigen Vorsprung von über zehn Prozent gewonnen hat und damit die von der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) vertretene und von der Bundesregierung unterstützte

(<https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungspressekonferenz-vom-11-november-2019-1690756>) These, es habe „weit verbreitete, schwerwiegende Unregelmäßigkeiten“ gegeben, widerlegt wurde, womit eine weitere bereits im Dezember erstellte Analyse des US-amerikanischen Think Tanks „Zentrum für Wirtschafts- und Politikforschung“ (Center for Economic and Policy Research, CEPR) (<https://www.cepr.net/press-release/press-center-press-releases-oas-final-audit-report-on-bolivia-elections-raises-more-questions-about-its-own-work-than-it-answers-cepr-analysis-concludes/>) nochmals bestätigt wurde?

Antwort:

Die bolivianische Regierung hat die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) nach den umstrittenen Präsidentschaftswahlen vom 20. Oktober mit einer Wahlüberprüfung beauftragt, nachdem es in Reaktion auf die Wahlen zu anhaltenden Protesten gekommen war. Eine internationale Überprüfungsmission hat sowohl den Verlauf als auch die Ergebnisse der Wahlen untersucht. In ihrem abschließenden Bericht vom 4. Dezember hat die OAS festgestellt, dass es aufgrund „absichtlicher Manipulation“ und „gravierender Unregelmäßigkeiten“ nicht möglich war, die Wahlergebnisse zu validieren.

Mitglieder der von der EU entsandten Wahlbeobachtungsmission haben ebenfalls Hinweise für Unregelmäßigkeiten festgestellt und unterstützen die Analyse der OAS.

Die vermittelnden Gespräche zwischen der Interimsregierung und Abgeordneten der früheren Regierungspartei MAS (Movimiento al Socialismo) waren ein wichtiger erster Schritt, der durch

einen im Konsens erarbeiteten Gesetzentwurf den Weg zu Neuwahlen öffnet. Die Interimsregierung hat zudem für eine professionelle Neubesetzung des Wahlgerichts gesorgt. Dieses hat die Neuwahlen inzwischen auf den 3. Mai 2020 terminiert.

Die Bundesregierung und die EU unterstützen die Durchführung freier, fairer und glaubwürdiger Wahlen unter anderem durch die erneute Entsendung einer Wahlbeobachtungsmission.